

**Motion Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Corinne Mathieu, SP): Schulsozialarbeit entlastet alle!**

Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Bestandteil des Bildungssystems geworden. Sie entlastet die Lehrpersonen, die Schulleitung, die Eltern und die Kinder. Die Kinder und Jugendlichen haben in den Sozialarbeitenden eine Bezugsperson, an die sie sich vertrauensvoll wenden können. Die Lehrkräfte können sich vermehrt auf den Unterrichtsstoff konzentrieren. Wie wir wissen, genügen die vorhandenen Ressourcen vor allem in den grossen Schulen nicht. Das Arbeitsumfeld ist nicht immer einfach zu bewältigen, da die Ansprüche von Kindern, Eltern, Lehrpersonen und Schulleitungen vielfältig und oft gegensätzlich sind. Die Stadt Bern liegt immer noch unter den Empfehlungen des Kantons, der zwar seine bisher empfohlene Quote aus Spargründen gesenkt hat, aber immerhin noch 100 Stellenprozent pro 1000 Kinder als Richtlinie für zukünftige kantonale Beiträge verwendet. Dem gegenüber steht die Empfehlung von Avenir Social, dem Berufsverband der Sozialarbeit, für maximal 300 Kinder 80 Stellenprozent im Bereich Sozialarbeit vorzusehen (umgerechnet auf 1000 Kinder wären das 267 Stellenprozent). In der Stadt Bern beträgt die Versorgung aktuell 86 Stellenprozent auf 1000 Kinder. Wir erreichen also weder die Minimalvorlage des Kantons noch die Empfehlungen des Berufsverbandes. Die Evaluation von 2008 hat aufgezeigt, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen sowohl von Schulleitenden wie von den Vertretungen der schulnahen Fachstellen und den Schulsozialarbeitenden als sehr knapp beurteilt werden. Auch wurde in der Evaluation darauf hingewiesen, dass vermehrt mit jüngeren Kindern gearbeitet werden müsse, damit Schulsozialarbeit mehr präventiv wirken kann. Die hohe Arbeitsbelastung führt zu einer hohen Fluktuation bei der Schulsozialarbeit. Einzelne sind nach wenigen Jahren ausgebrannt und verlassen die Stellen wieder, andere suchen sich Arbeitsplätze mit besseren Rahmenbedingungen. Die Kontinuität der Arbeit und vor allem die Niederschwelligkeit durch persönlichen Vertrauensaufbau sind so nur schwer zu gewährleisten.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Aufstockung der Schulsozialarbeiterstellen um 150%, um die Empfehlung des Kantons zu erfüllen.
2. Abläufe so zu optimieren, dass mittels Sozialarbeit Kindergarten- und Unterstufenkinder besser erreicht werden und damit auch die Früherfassung von Problemfällen gewährleistet wird.

Bern, 13. Januar 2011

*Motion Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Corinne Mathieu, SP), Hasim Sönmez, Leyla Gül, Annette Lehmann, Ruedi Keller, Silvia Schoch-Meyer, Thomas Göttin, Tanja Walliser, Ursula Marti, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz, Beat Zobrist, Lea Kusano, Patrizia Mordini, Guglielmo Grossi, Giovanna Battagliero, Stefan Jordi, Halua Pinto de Magalhães, Rithy Chheng*

## Antwort des Gemeinderats

Dem Gemeinderat ist die quantitativ und qualitativ gute Versorgung mit Schulsozialarbeit (SSA) ein wichtiges Anliegen, für das er sich seit der Umsetzung der Schulsozialarbeit gemäss Konzept im Jahr 2004 einsetzt. Der Gemeinderat anerkennt den wichtigen Beitrag der SSA zur gesunden Entwicklung von Schülerinnen und Schülern, zur Verbesserung des Schulklimas sowie zur Entlastung von Lehrpersonen und Schulleitungen. Die Schulsozialarbeit ist eine wirkungsvolle Antwort auf die geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse und die zunehmenden sozialen Herausforderungen an Schulen.

Die Forderung in Punkt 1 der Motion liegt im Zuständigkeitsbereich des Stadtrats, diejenige in Punkt 2 im Kompetenzbereich des Gemeinderats. Die Motionsinhalte decken sich mit den Absichten des Gemeinderats zum Ausbau und zur Qualitätssicherung der Schulsozialarbeit. Es wird daher beantragt, Punkt 1 und Punkt 2 der Motion erheblich zu erklären, wobei Punkt 2 nur der Charakter einer Richtlinie zukommt.

### *Zu Punkt 1:*

Die Stadt Bern hat sich für ein flächendeckendes Modell in der Schulsozialarbeit entschieden: die SSA hat den Auftrag, alle Kinder und Jugendliche vom Kindergarten bis zur 9. Klasse der Volksschule zu versorgen. Aktuell stehen dafür 780 Stellenprozent aufgeteilt auf 13 Mitarbeitende zur Verfügung. Insgesamt werden 8 710 Schülerinnen und Schüler bedient, was einem Versorgungsgrad von 89.6 % SSA-Stellen pro 1 000 Schüler/Schülerinnen entspricht (Schuljahr 2010/11). Der Versorgungsgrad gemäss kantonaler Empfehlung für eine minimale Versorgung durch Schulsozialarbeit beläuft sich auf 100 Stellenprozent pro 1 000 Kinder. In den 18 mit SSA ausgestatteten Gemeinden des Kantons Bern werden im Durchschnitt 101 Stellenprozent Schulsozialarbeit für 1 000 Schülerinnen und Schüler eingesetzt. Wird die Stadt Bern ausgeklammert, steigt der Durchschnitt auf 107 Stellenprozent Schulsozialarbeit (Quelle: Berner Fachhochschule, Soziale Arbeit, 2011). Zudem ist der Bedarf an SSA in der Stadt Bern aufgrund der Häufung sozialer Problemlagen durchschnittlich höher als im restlichen Kanton.

Der Gemeinderat hat ursprünglich per 2012 eine Aufstockung der Schulsozialarbeit gemäss der kantonalen Empfehlung vorgesehen. Im Rahmen der Sparmassnahmen wurde diese jedoch auf das Jahr 2013 verschoben: im IAFP 2012 - 2015 ist für das Planjahr 2013 eine Aufstockung um 150 Stellenprozent vorgesehen.

Der Bedarf für eine Aufstockung der SSA ist aktuell sehr gross. Die ungenügende Versorgung sowie nachstehende Entwicklungen führen zu einer hohen und laufend zunehmenden Belastung bei der SSA:

- Die inzwischen hohe Bekanntheit und die Niederschwelligkeit des Angebots (SSA ist sehr nahe an den sozialen Problemlagen) führt zu einer hohen Inanspruchnahme.
- Soziale Problemlagen nehmen zu und sind häufig gekennzeichnet durch eine hohe Komplexität vielen involvierten Fachstellen. Der Aufwand pro Fall ist tendenziell steigend. Bei der Einzelfallhilfe/Intervention bestehen teilweise Wartezeiten.
- Die Umsetzung des Integrationsartikels (Art. 17) fordert die Schule als Ganzes, die einzelnen Lehrpersonen, aber teilweise auch Schülerinnen und Schüler, stark. Dies führt dazu, dass Verhaltensschwierigkeiten sich verstärken. Zudem kommen vermehrt auch Aufträge von Lehrpersonen der integrierten Förderung zu den Schulsozialarbeitenden.
- Die Schülerzahlen in der Stadt Bern nehmen wieder zu, v.a. wegen der gestiegenen Bautätigkeit sowie aufgrund demografischer Entwicklungen. Zudem erfolgt ab dem Schuljahr

2013/14 in Zusammenhang mit Harnos die Einführung des zweijährigen, obligatorischen Kindergartens. Dadurch steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler zusätzlich an.

- Aufgrund des hohen Anteils an Einzelfallarbeit/Interventionen fehlt aus Ressourcen Gründen nach wie vor Zeit für die präventive Arbeit und für die Arbeit mit Schülergruppen.

Die Prognose für die Anzahl Schülerinnen und Schüler für das Jahr 2013 beläuft sich auf 9 220 (gemäss Prognose der Statistikdienste für die 1. - 9. Klasse, zuzüglich Kindergarten und Sonderschulen). Mit einer Aufstockung der SSA um 150 Stellenprozente steigen die verfügbaren Ressourcen auf 930 Stellenprozente, was zu einem Versorgungsgrad von 100.9 % führt. Dadurch wird der Minimalwert der kantonalen Empfehlung gerade erreicht. Im Vernehmlassungsentwurf zur Reform des Volksschulgesetzes 2012 (REVOS 2012) ist vorgesehen, dass Gemeinden mit SSA finanziell unterstützt werden können (max. 30 % der Gehaltskosten). In der Fassung des Regierungsrats, die nun auf Grund der Vernehmlassung dem Grossen Rat unterbreitet wird, ist die Finanzierung des Kantons verbindlich verankert. Das Inkrafttreten ist auf den 1.8.2013 geplant.

#### *Zu Punkt 2:*

Die Früherkennung und Früherfassung von ungünstigen sozialen Entwicklungen bei Schülerinnen und Schülern ist ein zentrales Ziel der SSA. Soll dies erreicht werden, muss sie möglichst früh erfolgen und bereits im Kindergarten und der Unterstufe ansetzen. Folgende Massnahmen werden dazu bereits ergriffen:

- Verbesserte Präsenz der SSA in den Kindergärten und Nutzen von gemeinsamen Gefässen zusammen mit dem schulärztlichen Dienst (z.B. Kindergärtnerinnenfortbildung).
- Die Erweiterung des Methodenrepertoires der SSA zur Beratung und Kommunikation mit Kindergarten- und Unterstufenkindern (z.B. Visualisierungstechniken).
- Die flächendeckende Begleitung des Programms „Mein Körper gehört mir“ in der 2. Klasse durch die SSA.
- Ein aktuell pilotiertes Früherfassungsmodell im Kindergarten mit systematischen, jährlichen Besprechungen der Klassen mit den Kindergartenlehrpersonen und Sicherstellung einer geeigneten Übergabe an die Unterstufenlehrperson.

Die Früherkennung und Früherfassung in der SSA sind abhängig von genügend Ressourcen sowie von einem Vertrauensverhältnis mit den Schulleitungen und Lehrpersonen, die diese Aufträge auslösen. Nur auf der Basis einer guten Zusammenarbeit zwischen den beiden Disziplinen Pädagogik und Sozialarbeit kann schulsoziale Prävention wirkungsvoll stattfinden. Mit der vorgesehenen Ressourcenerhöhung wird dem Anliegen der Früherkennung und Früherfassung vermehrt Rechnung getragen werden können. Zusätzlich wird es damit möglich, die Zusammenarbeit mit den Kindergarten- und Unterstufenlehrpersonen zu standardisieren, z.B. durch die Ausweitung des Früherfassungsmodells im Kindergarten.

#### *Folgen für das Personal und die Finanzen*

Zu Punkt 1 der Motion: Für eine Aufstockung um 150 % Stellenprozente belaufen sich die Personalkosten auf Fr. 200 000.00, hinzu kommen Fr. 15 000.00 Infrastrukturkosten (Arbeitsplätze, Informatik, Büromaterial, etc.). Die Kosten sind im IAFP 2012 - 2015 für das Planjahr 2013 enthalten. Kantonsbeiträge sind vorerst keine eingeplant: Der Vernehmlassungsentwurf zu REVOS 2012 sah für die finanzielle Beteiligung des Kantons an der Schulsozialarbeit nur eine „Kann-Formulierung“ vor. In der nun dem Grossen Rat vorgelegten Fassung des Regierungsrats ist zwar eine verbindliche Finanzierung des Kantons vorgesehen; es ist aber noch völlig offen, ob der Grosse Rat diesem Antrag folgen wird.

Allfällige Folgen für das Personal und die Finanzen zu Punkt 2 werden im Rahmen des Prüfungsberichts dargestellt werden.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 erheblich zu erklären und Punkt 2 als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 29. Juni 2011

Der Gemeinderat